



Wartburg-Kurier

Johannistag 2015

Zum Geleit

Liebe Leserinnen und Leser,

„schau an der schönen Gärten Zier und siehe, wie sie mir und dir sich ausgeschmücket haben“ lautet eine Zeile in dem wohl beliebtesten Lied des Evangelischen Gesangbuches. Paul Gerhard hat es in schwerer Zeit unmittelbar nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges 1653 gedichtet.

Das Lied wird in diesen Tagen gern und oft bei Andachten am „Himmelszelt“, dem Kirchenpavillon auf der 3. Thüringer Landesgartenschau in Schmalkalden, gesungen.

Elf Jahre nach der Zweiten Landesgartenschau in Nordhausen und sieben Jahre nach der Bundesgartenschau in Gera und Ronneburg hat der Freistaat wieder eine Ausstellung, die Gartenfreunde, Hobbygärtner und Naturinteressierte in hellen Scharen anzieht.

In einem der biblischen Schöpfungsberichte sehen wir den Men-

schen als Mann und Frau in einem Garten, dem Garten Eden, dem Ur-Garten schlechthin. Es war eine gute Zeit für den Menschen, als er dort sein konnte. Da konnte er sich frei entfalten, ganz sein, wie und was er war. Es herrschten Freiheit, Frieden, Ordnung und Vielfalt.



Blühendes Schmalkalden

Nachdem der Mensch diesen Ur-Garten verloren, verspielt hatte, ist die Sehnsucht in ihm danach nie erloschen. Vielleicht ist das der Grund, weshalb Gärten und Parks

eine so große Anziehungskraft für uns haben, und auch jeder Schrebergarten mag ein Ausdruck dieser Sehnsucht sein.

Wir möchten wie in einem Garten leben. Wir wünschen uns Ordnung und Frieden in unserem Land und in der Welt. Wir wollen gern mit denen zusammen leben, die hierher kommen, weil sie in ihrer Heimat bedroht und verfolgt sind. Gerade die Kirchen tragen Verantwortung, Wege für ein verständnisvolles Miteinander der Flüchtlinge mit der hiesigen Bevölkerung zu ebnen. Vielfalt ist gut. Vielfalt verlangt Freiheit, damit sie sich entfalten kann. In der Demokratie gehören Verantwortung füreinander und Rücksichtnahme aufeinander untrennbar zur Freiheit hinzu. Im Miteinander darf die Sorge um die Sicherheit des eigenen Lebensraums das Verhältnis zu den Neuankömmlingen nicht vergiften.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Inhalt dieser Ausgabe:

3. Thüringer Melanchthontag in Schmalkalden	3	Konstituierung der II. Landessynode der EKM	7
Aktuelle Debatte: Finanzierung von Kirchenämtern	5	Von der Betroffenheit zum Handeln – Gibt es	
Wir über uns	5	einen Weg?	8
Thema: Das Ende menschlichen Lebens		Gedenken an den Völkermord in Armenien	10
in Würde gestalten	6	Impressum und Kontakt	11

Dazu müssen zuerst wir selbst aber auch Politik und die hier Schutz Suchenden beitragen.

Es geht uns gut. Im fünfundzwanzigsten Jahr der Wiedervereinigung gibt es auch bei uns blühende Landschaften, fast wie in einem Garten. Natürlich sind Leid und Sorge damit nicht aus der Welt. Aber für viele sind sie weiter entfernt als je zuvor. Wachsender Wohlstand ist ein wesentlicher Grund stetig abnehmender Religiosität in der westlichen Welt. Das schlussfolgert eine große empirische Studie der Westfälischen Universität Münster. Neben Wohlstand und kultureller Vielfalt wirken sich auch der Ausbau der Sozial- und Bildungssysteme negativ auf die Religiosität aus, sagen die Autoren. Das klingt beruhigend für die großen christlichen Kirchen. Sie können offenbar selbst gar nichts gegen den Mitgliederschwund tun. Er ist „gesetzmäßig“. Wir müssen da-

mit leben und uns darauf einstellen. Vermutlich hat auch das Desinteresse an Politik, die Wahlmüdigkeit der Bürger unseres Landes darin ihre Ursache.



Prof. Dr. Jens Goebel

Es ist Johannistag, der Geburtstag Johannes des Täufers. Der hat auf Christus gewiesen und gesagt: „Er muss wachsen, ich aber muss kleiner werden.“ (Joh 3,30). Mit der Geburt Christi an Weihnachten wächst das Jahr und erreicht seinen Höhepunkt. Von heute an nimmt es ab. Wie im Garten kommt nach Zeiten des Wachsens und Blühens

die Zeit der Ernte und schließlich eine Zeit des Vergehens und der Ruhe vor dem Neubeginn. Achten wir darauf, dass unsere Lebensgrundlagen, unser Wohlstand, unser Leben in Frieden und Freiheit nicht vergehen, sondern weiter wachsen. Das gelingt nur, wenn sich viele füreinander einsetzen, wenn wir wieder lernen ohne Furcht politisch zu handeln.

Sie lesen in dieser Ausgabe des „Wartburg-Kuriers“ Beiträge über die Flüchtlingsströme nach Europa, Christenverfolgung vor hundert Jahren in Armenien, die Debatte über Sterbebegleitung und Sterbehilfe und manches andere.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und einen unbeschwerten Johannistag

Ihr
Prof. Dr. Jens Goebel

Wir über uns – Der Evangelische Arbeitskreis in Thüringen

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ist ein Zusammenschluss evangelischer Christen in den Unionsparteien, der das Ziel verfolgt, protestantisches Denken und protestantische Überzeugungen in die politische Arbeit der Union einzubringen und evangelische Christen zum politischen Engagement zu ermutigen. Er wurde 1952 vom damaligen Bundestagspräsidenten Dr. Hermann Ehlers gegründet. Ehlers Anliegen war es, das Profil der Union als überkonfessioneller, auf christlichem Fundament stehender politischer Kraft in Deutschland zu schärfen und die evangelische Stimme in der Partei zu einen und zu stärken. Dieser ökumenische Ansatz stand auch an der Wiege des Thüringer Landesverbandes, der 1991 unter dem Motto „Die provozierende Kraft des C“ in der Reformationsstadt Schmalkalden aus der Taufe gehoben wurde.

In Thüringen bekennen sich heute nur noch weniger als ein Drittel der Menschen zu einer der christlichen Kirchen. Christen sind hier nach über vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft und staatlich verordnetem Atheismus deutlich in der Minderzahl. Und doch hatten die 1989/90 neu gewonnene

Freiheit in der DDR und die erfolgreiche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ihren Ausgangspunkt in den kirchlichen Friedensgebeten. Aus den überfüllten Kirchenräumen des Herbstes 1989 brach sich die friedliche Revolution Bahn auf die Straßen und Plätze unseres Landes und in die Herzen ihrer Menschen.

Diese Erfahrungen bestimmen bis heute die Themen und Handlungsfelder des EAK Thüringen. Im Spannungsfeld zwischen individueller Freiheit, persönlicher Verantwortung und gemein-

schaftlicher Solidarität wollen wir insbesondere in ethischen und sozialpolitischen Fragen aktiv am Meinungsbildungsprozess innerhalb der Partei und in unserer Gesellschaft teilnehmen. Zugleich verstehen wir uns als natürlicher Partner im politischen Dialog mit den auf dem Gebiet des Freistaats tätigen evangelischen Kirchen.

Der Prophet Jeremias forderte die kleine Schar der in der babylonischen Gefangenschaft, in einer scheinbar fremden und feindlichen Welt lebenden Israeliten einst auf: „Suchet der Stadt Bestes“. Dieser Aufforderung zur tätigen Mitverantwortung für unser Gemeinwesen, das uns um vieles näher ist, fühlen sich die Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen zutiefst verpflichtet. ■

3. Thüringer Melanchthontag in Schmalkalden

Grußwort des Thüringer Landtagspräsidenten und Schirmherrn Christian Carius



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kaminiski,
sehr geehrter Herr Dr. Seidel,
sehr geehrter Herr Dekan Gebauer,
sehr geehrter Herr Dr. Frank,
verehrte Abgeordnete und Gäste,

gerne bin ich Ihrer Einladung gefolgt und freue mich auf dem 3. Thüringer Melanchthontag ein Grußwort halten zu dürfen.

Nach der Premiere des 1. Thüringer Melanchthontags 1997 in der Thüringer Staatskanzlei und dem 2. Thüringer Melanchthontag 2010 im Thüringer Landtag findet das Symposium nun in Schmalkalden statt. Mit der Gründung des Schmalkaldischen Bundes 1530 rückte dieser kleine Ort im Herzen Europas in den Mittelpunkt europäischer Geschichte. Unter der Führung des Kurfürsten Johann von Sachsen und des Landgrafen Philipp von Hessen vereinten sich hier die protestantischen Stände gegen den katholischen Kaiser Karl V. zur Durchsetzung des evangelischen Glaubens und der gegenseitigen militärischen Absicherung. Sieben Bundestagungen wurden in Schmalkalden abgehalten. Auch Melanchthon und Luther verbrachten hier 1537 einige Wochen bei einer Tagung des Schmalkaldischen Bundes.

Mit dem Schmalkaldischen Krieg 1546 versuchte Kaiser Karl V. im Heiligen Römischen Reich den Protestantismus zurückzudrängen und

Melanchthon, der Papst und die Ökumene



Am 8. und 9. Mai 2015 fand der 3. Thüringer Melanchthon-Tag in Schmalkalden statt.

Das Verhältnis zwischen päpstlicher Universalgewalt und der Autorität allgemeiner Konzilien gehört zu den spannungsreichen Problemen der Kirchengeschichte. Spätestens seit Luthers Appellation an ein allgemeines, freies, christliches Konzil im Jahr 1518 wurde diese Spannung erneut sichtbar im Werden der Reformation. 1537 hatte Luther seine berühmten „Schmalkaldischen Artikel“ verfasst, während Melanchthon beauftragt worden war, eine Abhandlung über die Autorität des Papstamtes zu erarbeiten (Tractatus de potestate et primatu papae). Auch das Konzil von Trient hat – wie neuere Forschungen zeigen – diese theologische Spannung zwischen Jurisdiktionsprimat und Autorität der Konzilien nicht gelöst, sondern eher eine pragmatische Lösung verfolgt.

Der 3. Thüringer Melanchthon-Tag beleuchtete vor dem Hintergrund dieser historischen Dokumente die Rolle des Papstamtes für die ökumenische Gemeinschaft in der Gegenwart. Das Symposium fand als Veranstaltung des evangelischen Kirchenkreises Schmalkalden in Verbindung mit der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, der „Gesellschaft für Thüringische Kirchengeschichte“, der „Internationalen Martin Luther Stiftung“, des Lehrstuhls für Kirchengeschichte der Universität Jena und der „Europäischen Melanchthon-Akademie“ in Bretten, dem Geburtsort Melanchthons, statt.

Landtagspräsident Christian Carius eröffnete den Melanchthon-Tag mit einem Grußwort, das wir mit seiner freundlichen Genehmigung hier wiedergeben.

gegenüber den Reichsständen die kaiserliche Macht zu stärken. Mit der Schlacht bei Mühlberg war der Krieg entschieden, der Schmalkaldische Bund zerschlagen. Doch der Sieg über die Protestanten war nur von kurzer Dauer. Unter Führung von Kurfürst Moritz von Sachsen verschworen sich die protestantischen Fürsten gegen Kaiser Karl V. Der Fürstenaufstand zwang den Kaiser 1552 zur Flucht. Im Passauer Vertrag und später im Augsburger Religionsfrieden wurden die Rechte der Protestanten festgeschrieben.

Verehrte Gäste,

Philipp Melanchthon war Reformator, Theologe und Humanist. Als hochangesehener Wissenschaftler war er eine Geistesgröße von europäischem Rang. Er gilt als Praeceptor Germaniae. Als unverzichtbarer Ratgeber war Melanchthon Luthers wichtigster Mitarbeiter bei der Bibel-Übersetzung.

Die aufgrund der Bibel-Übersetzung einsetzende Alphabetisierung leitete die Menschen zum Glauben in Eigenverantwortung an. Die Gläubigen waren nun in der Lage, sich einen eigenen Zugang zu den Texten der Bibel zu schaffen. Dies ist auch das Verdienst Melanchthons. Zwar stand er lange Zeit im Schatten von Martin Luther, doch die Wissenschaft entdeckt immer mehr, welchen großen Einfluss dieser Mann auf die Reformation ausübte und wie er unser Land prägte.



Die Melanchthon-Forschungsstelle an der Heidelberger Akademie der Wissenschaften setzt sich seit 1965 mit seiner beinahe 10.000 Briefe



v. l. n. r.: Landesvorsitzender Prof. Dr. Jens Goebel, Landtagsabgeordnete Christina Liebetrau, Ministerpräsidentin a.D. Christine Lieberknecht und Landtagspräsident Christian Carius

umfassenden Korrespondenz auseinander. Gemeinsam mit der 1988 ins Leben gerufenen „Europäischen Melanchthon-Akademie“ Bretten wurde das öffentliche Interesse an Philipp Melanchthon wieder entfacht.

Der 3. Thüringer Melanchthontag rückt die Abhandlung „Tractatus de potestate et primatu papae“, Melanchthons Schrift über die Autorität des Papstamtes in den Fokus der Öffentlichkeit. Im Laufe der Reformation gehörte das Verhältnis zwischen der päpstlichen Universalgewalt und der Autorität allgemeiner Konzilien zu den spannungsreichsten Problemen der Kirchengeschichte.

Das Symposium beleuchtet die Bedeutung dieser Schrift und der ökumenischen Debatten des 16. Jahrhunderts für die Gegenwart. Die Einheit der christlichen Kirche war Melanchthon ein wichtiges Anliegen. Vehement hat er den Dialog der Konfessionen vorangetrieben. Als Vermittler zwischen den christlichen Konfessionen ist sein Erbe für die Ökumene in unserem Land von hoher Bedeutung.

Ich bin dankbar, dass dieser Nachlass durch die Veranstaltungsreihe „Thüringer Melanchthontag“ im Bewusstsein der Öffentlichkeit verankert und sein Wirken zugleich weiter wissenschaftlich aufgearbeitet wird. Sein Erbe wirkt auf unsere Gesellschaft fort. Es trägt dazu bei, die heutigen Herausforderungen zu erkennen und ihnen zu begegnen.

In diesem Sinne wünsche ich den Gästen des Symposiums interessante, neue Erkenntnisse sowie anregende Gespräche.

Für die Organisation des 3. Thüringer Melanchthontags danke ich dem evangelischen Kirchenkreis Schmalkalden in Verbindung mit der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, der Gesellschaft für Thüringische Kirchengeschichte, der Internationalen Martin Luther Stiftung, dem Lehrstuhl für Kirchengeschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Europäischen Melanchthon Akademie Bretten.

Seien Sie herzlich willkommen in Schmalkalden.

Aktuelle Debatte

Thüringer Ministerpräsident will staatliche Finanzierung von Kirchenämtern überdenken

Stuttgart (idea) – Der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) hat sich dafür ausgesprochen, die Finanzierung kirchlicher Ämter durch den Staat zu überdenken. Er sehe Klärungsbedarf bei der Frage, „welche Amtssitze und -funktionen aus staatlichen Geldern bezahlt werden“. Auch müsse der Einfluss der Volkskirchen bei der Besetzung von Lehrstühlen an Universitäten einer Prüfung unterzogen werden. „Dass Bistümer in Bayern bei der Berufung eines Soziologieprofessors mitreden, geht mir zu weit“, sagte Ramelow der „Stuttgarter Zeitung“.



Als Christ in der SED-Nachfolgepartei: Bodo Ramelow

Zwischen seinem Christsein und seiner Mitgliedschaft in der SED-Nachfolgepartei sieht Ramelow eine Spannung: „Ich betone meine evangelische Bindung so stark, weil ich damit in Kombination mit meinem Parteibuch – das eine Rückbindung an die SED hat – eine Provokation bin. Christen in der DDR mussten damit leben, durch den Staat benachteiligt zu werden. Diese Erfahrung habe ich nicht.“ Er sei durch die Kirche in Norddeutschland geprägt. Noch heute empfinde er den schwäbischen Pietismus als „ziemlich gewöhnungsbedürftig“. Zu seinem persönlichen Glauben sagte Ramelow: „Ich bin froh, dass ich mein Gottvertrauen habe.“ Konflikte vertage er nicht aufs Paradies: „Ich teile nicht die Vorstellung, dass sich dort alles irdische Leid auflöst.“

Klare Absage durch die religionspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Gudrun Holbe

„Wenn der Thüringer Ministerpräsident Reformbedarf bei der Ausgestaltung des Staat-Kirche-Verhältnisses und der Kirchenfinanzierung sieht, dann soll er Ross und Reiter nennen.“ Das hat die religionspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Gudrun Holbe, in Erfurt gesagt. Sie bezog sich dabei auf Äußerungen Bodo Ramelows in der „Stuttgarter Zeitung“ im Vorfeld des Evangelischen Kirchentags, der in der Hauptstadt Baden-Württembergs stattfand. Für den Freistaat Thüringen sieht Holbe keinen Anlass zu Änderungen im Staat-Kirche-Verhältnis.



Religionspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

Die Kirchen leisten nach den Worten der CDU-Abgeordneten „einen unverzichtbaren Beitrag zur ethischen Orientierung, im sozialen und kulturellen Bereich. Ihre kulturprägende Kraft tut Thüringen und Deutschland gut“, unterstrich Holbe. Sie verwies auf die bestehenden Staat-Kirche-Verträge mit den evangelischen und der katholischen Kirche, aber auch mit der Jüdischen Landesgemeinde. „Diese Verträge sind sorgfältig ausgehandelt und wahren die historisch gewachsenen, in Grundgesetz und Landesverfassung verankerten Rechte der jeweiligen Vertragsparteien“, sagte die religionspolitische Sprecherin. Holbe erinnerte daran, dass sich der Landtag zuletzt im Januar 2012 in einer von der CDU-Fraktion beantragten Aktuelle Stunde mit den Staatsleistungen an die Kirchen befasst hat. „Sämtliche Fraktionen des Parlaments waren sich damals einig, dass es keiner Neubewertung bedarf. Wir hoffen, dass dieser erfreuliche Konsens weiter gilt. Statt sich der Besetzung bayerischer Soziologie-Lehrstühle zuzuwenden, sollte der Thüringer Ministerpräsident Klarheit darüber schaffen, wie er es mit dem Staat-Kirche-Verhältnis in Thüringen hält“, ergänzte die Abgeordnete.

Der Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises in Thüringen

Vorsitzender: Prof. Dr. Jens Goebel (Schmalkalden)

Stellvertreter: Hildigund Neubert (Limlingerode), Volker Heerdegen (Apolda)

Beisitzer: Dr. Detlef Baer (Erfurt), Dr. Ulrich Born (Ilmenau), Dr. Karl-Eckhard Hahn (Stotternheim), Juliane Hassan (Leimbach), Hans-Steffen Herbst (Königsee), Gudrun Holbe (Artern), Jörg Kellner (Zimmernsupra), Christian Klein (Gera), Johannes Selle (Sondershausen), Christian Tschesch (Uhlstädt-Kirchhasel) und Dr. Gunnar Wolf (Jena)

Thema: Das Ende menschlichen Lebens in Würde gestalten

von Christine Lieberknecht, Ministerpräsidentin a.D., Stellvertretende Bundesvorsitzende des EAK der CDU/CSU

Fragen zur Sterbehilfe und Sterbegleitung beschäftigen die Menschen schon von Anbeginn ihrer Existenz. In der öffentlichen Diskussion treten sie aber verstärkt erst wieder seit einigen Jahren auf. Der Deutsche Ethikrat sieht in diesen Problemen eine öffentliche Aufgabenstellung. 2006 gab er als Nationaler Ethikrat eine Stellungnahme zur „Selbstbestimmung und Fürsorge am Lebensende“ und Empfehlungen zum Umgang mit Sterbenden heraus. Sie beruhen auf ethischen Erkenntnissen, ohne die alle Fragen, die mit dem Sterben zusammenhängen, nur vorwiegend technisch mit medizinischem, theologischem, philosophischem, sozialem, rechtlichen, ökologischem und ökonomischem Hintergrund gelöst werden können. Die Beurteilung der Materie berührt eine Menge kaum geklärter, ethische Fragen, die in Gesetzestexten Berücksichtigung finden müssten.



Christine Lieberknecht

Unser Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU, Thomas Rachel, betonte in seinem Redebeitrag zur Debatte des Deutschen Bundestages am 13. 11. 2014 zum Thema „Sterbehilfe“, dass es die Aufgabe eines Gesetzgebers nicht sein kann, die bestmögliche Hilfe beim Sterben zu geben, vielmehr sei es notwendig, qualifizierte Hilfe im Prozess des Sterbens zu organisieren.

Es komme darauf an, eine Linderung des Leidens auf der letzten Strecke menschlichen Lebens zu erreichen, nämlich

- eine Minderung des Leidens und der Schmerzen herbeizuführen
- Fürsorge und persönliche Betreuung zu leisten und die
- beste palliativmedizinische Versorgung für alle Sterbenden sicher zu stellen.

Thomas Rachel verwies vor allem auf die Verantwortung der gesamten Gesellschaft und darauf, dass der Mensch als „Beziehungswesen“ von der Gesellschaft nicht losgelöst zu betrachten sei. Daraus folgt, dass seelsorgerliche und therapeutische Arbeit auf die Behandlung der Todesangst fokussiert werden muss. Sicher gäbe es, so Thomas Rachel, Grenzfälle, in denen Beihilfe zum Suizid geleistet und persönlich verantwortet wird. Was aber als Ausnahme geschehen kann, dürfe nicht rechtlich geregelte Normalität werden.

Ihre Aufmerksamkeit möchte ich vor allem auf die seelsorgerliche und psychotherapeutische Begleitung Schwerstkranker und Sterbender lenken. Unheilbar Kranke haben, wie alle Menschen in den meisten Fällen, den Wunsch, weiter zu leben und ihr Leben möglichst umfassend zu genießen. Professionelle Psychotherapeuten sehen eine wesentliche Aufgabe unter anderem darin, die Genussfähigkeit zu erhalten, wieder zu gewinnen und möglichst lange zu bewahren. Aber die Angst vor dem Ende des gegenwärtigen Lebens ist im Bewusstsein eines jeden Menschen fest verankert, auch wenn ihm rational klar sein sollte, dass er sterblich ist, dass Sterben zum Leben gehört. Martin Luther kennzeichnet das Leben mit den einprägsamen

Choralversen: „Mitten wir im Leben sind mit dem Tod umfungen“. Leben und Sterben sind eins. Im Leben und im Sterben sind wir, wenn wir unseren christlichen Glauben ernst nehmen, nicht allein. Gott ist Hoffnung. Er ist bei dir und bei mir. Ich vertraue auf die Treue Gottes, auf seine Güte und Gerechtigkeit. Ich kann in Frieden das Leben beenden. Das ist christliches Bekenntnis.



Aussichten auf ein Leben nach dem Tode sind für viele Menschen angesichts des Lebensendes kaum tröstlich. Immer deutlicher wird mir: Ein Leben nach dem Tode ist nur denkbar, wenn mein Glaube an Gott menschliches Wissen überlagert. Sterben als Teil des von Gott gegebenen Lebens zu akzeptieren, ist eine Würde, die uns zugesprochen werden kann oder die wir uns selbst gewähren, wenn Gott uns die Kraft gibt, ehrlichen Herzens an seine Güte und Barmherzigkeit zu glauben.

Sterben und damit die Trennung von der Welt und von geliebten Menschen ist ein Ereignis, das sich in Einsamkeit vollzieht. Sterbende spüren die Distanz zwischen ihnen und den Überlebenden. Sterbende werden in der Regel gemieden. Was sie jedoch brauchen, ist Zuwendung.

Menschen, die wissen, dass sie bald sterben werden, stützen sich, wenn möglich, eine Zeitlang auf gut geführte Selbsthilfegruppen. Dazu

bedarf es einer festen, verlässlichen psychotherapeutischen oder seelsorgerlichen Beziehung, in der Wege gefunden werden, eigene Antworten auf dringliche und existenzielle Fragen am Lebensende zu finden.

Menschen, die spüren, dass das Lebensende kommt, Menschen, die sich aufs Sterben vorbereiten, stellen Fragen nach dem Sinn ihres eigenen Lebens. Angehörige und Pflegende lassen, wenn letzte Dinge zur Sprache kommen, gute, verständnisvolle, also christliche Beziehungen entstehen: Der Apostel

Paulus schrieb um das Jahr 63 von Rom aus an die Gemeinde in Philipp: „Christus ist mein Leben, und Sterben ist mein Gewinn“. Genauer, kürzer und ehrlicher kann man christlich-ethische Fragen nach Leben und Sterben nicht beantworten.

Konstituierung der II. Landessynode der EKM

Landesvorsitzende der Evangelischen Arbeitskreise in Sachsen-Anhalt und Thüringen gratulieren Synodalen



Magdeburg und Erfurt, den 12. April 2015

Sehr geehrte Damen und Herren Synodale der EKM,

in wenigen Tagen konstituiert sich die II. Landessynode der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM), deren Mitglied Sie sind. Sie sind in dieses Kirchenparlament gewählt oder berufen worden oder gehören ihr von Amts wegen an. Dazu gratulieren wir Ihnen als Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU (EAK) in Sachsen-Anhalt und Thüringen herzlich. Für Ihre verantwortungsvolle Aufgabe wünschen wir Ihnen alles Gute und Gottes Segen.

Die I. Landessynode war gewiss sehr stark mit dem Aufbau gemeinsamer Strukturen befasst, auch musste Schritt für Schritt aus zwei sehr selbständigen Landeskirchen eine EKM geschaffen werden. Wir meinen, dass die EKM auf diesem Weg ein gutes Stück vorangekommen ist. So manche gemeinsame Einrichtung wird heute als eine Selbstverständlichkeit angenommen.

Nun wird es mehr und mehr darauf ankommen, den Gemeinden vor Ort zu zeigen, wie sie ihren je eigenen Weg mit den zur Verfügung stehenden Kräften finden können. Viele Gemeindemitglieder wollen erfahren, dass die neuen Strukturen effizienter sind und dazu beitragen, dass unsere Kirche in Dörfern und Städten präsent bleibt. Aufgaben und Chancen bieten sich auch durch die laufende Lutherdekade, denn die entscheidenden Wirkungsstätten Martin Luthers sind in unserer Landeskirche vereint. Die Reformation gehört zur historischen Identität unserer Länder. Auch die evangelischen Christen in der CDU unserer beiden Landesverbände schauen mit großem Interesse auf die Arbeit der II. Synode der EKMD, denn die christliche Prägung unserer Ländern Sachsen-Anhalt und Thüringen liegt uns am Herzen.

Sie als Synodale werden an entscheidender Stelle Verantwortung dafür tragen, dass Kirche erreichbar bleibt für alle Menschen. Sie entscheiden über künftige Formen christlicher Bildung und Erziehung. Die Diakonie ist in ihren verschiedensten Ausprägungen ein entscheidender Faktor unseres Gesundheits- und Sozialwesens u.a.m. Die Kirchen werden einen wichtigen Beitrag liefern müssen, um den zu uns kommenden Ausländern Integration zu ermöglichen und sie willkommen zu heißen. Die EAK's in unseren Ländern bieten sich bei diesen und anderen Fragen gerne als Gesprächspartner an.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Scharf MdL
EAK der CDU Sachsen-Anhalt

Prof. Dr. Jens Goebel
EAK der CDU Thüringen

Anlässlich der Konstituierung der II. Landessynode der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland haben die Landesvorsitzenden der Evangelischen Arbeitskreise der CDU (EAK) in Sachsen-Anhalt und Thüringen, Jürgen Scharf und Prof. Dr. Jens Goebel, in einem gemeinsamen Brief allen gewählten, berufenen und von Amts wegen angehörenden Mitgliedern der Synode gratuliert und ihnen für die verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und Gottes Segen gewünscht.



Die Evangelischen Arbeitskreise in beiden Ländern möchten mit den Synodalen ins Gespräch kommen. So seien die beiden Landesverbände Ansprechpartner für die Synodalen und Brückenbauer in die Politik. Der Wartburg-Kurier dokumentiert den Brief (nebenstehend), der an alle Synodale gegangen ist.

Die Evangelischen Arbeitskreise verbinden damit die Hoffnung auf ein gutes Miteinander und einen regen Gedankenaustausch mit den Synodalen.

Von der Betroffenheit zum Handeln – Gibt es einen Weg?

von Johannes Selle, Mitglied des Deutschen Bundestags

Ahmed Bugri leitet eines der größten Flüchtlingsheime auf der Mittelmeerinsel Malta, die in den Flüchtlingsdramen neben der Insel Lampedusa zu trauriger Bekanntheit gelangte. Ahmed wurde in einer moslemischen Familie in Ghana geboren. Als er sich entschied, als Christ zu leben, spürte er, dass er von zu Hause fort musste. 1990 kam er als afrikanischer Einwanderer nach Malta, dessen Staatsangehörigkeit er inzwischen besitzt. Sein Erfolg gründet sich auf seinem Willen, sich ausbilden zu lassen, als Jurist und als Theologe.



Als er vor fünf Jahren das Flüchtlingsheim in Valletta übernahm, wurde die Gegend sogar von der Polizei gemieden. Heute ist es ein Vorzeigeobjekt geworden. Gemeinsam mit der regionalen Bevölkerung pflegen die Ankömmlinge Grünanlagen und Wege in ihrem Stadtviertel. Die Unterkünfte und Außenanlagen werden verschönert und eigene Versorgungseinrichtungen betrieben. Berührungängste gibt es nicht mehr, auch wenn das Ankommen der Flüchtlingsströme auf der kleinen Insel weiter die Einwohner bedrückt.

Nachdem wir uns 2010 befreundeten als Ahmed Deutschland besuch-

te, führte mich 2012 der Urlaub mit der Familie auf die Insel Malta. Wir verbrachten einen ganzen Tag in der Flüchtlingsunterkunft und konnten uns von seinem persönlichen Engagement überzeugen. Die Ankommenden haben überwiegend eine afrikanische Heimat. Zu ihnen hat Ahmed einen leichten Zugang. „Sie vertrauen mir, weil ich ihr Lebensgefühl kenne“, berichtet Ahmed. Viele musste er inzwischen begraben.

Ahmed hat für die Stiftung „Foundation for Shelter and Support for Migrants“ (FSM) ein Konzept entwickelt, dass auf den Säulen Bildung, Arbeitsfähigkeit und Gesundheit ruht. Die, meistens jungen, männlichen, Flüchtlinge sollen ihre Perspektive erkennen, die dadurch entstehen kann. Es gibt einen verpflichtenden Englischunterricht, Berufsausbildung und Ausbildung am Computer. Zusätzlich mit einer Motivation ausgestattet versuchten 259 in ihre angestammte Heimat zurückzukehren. Alle sind in ihrer Heimat geblieben und haben Arbeit gefunden.

In der Politik werden praktikable und sinnvolle Umgangsweisen gesucht. Ich habe deshalb Ahmed 2014 in den Deutschen Bundestag eingeladen und er hat im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beeindruckend gesprochen. Anfang Mai dieses Jahres besuchte dann Bundespräsident Gauck die Einrichtung Ahmeds auf Malta. Neben seiner Rede gab es eine Diskussion mit Organisatio-

nen, deren Aufgabe die Betreuung dieser traumatisierten Menschen ist.



Wer jemals ein Krisenland gesehen hat, der weiß, wie groß das Gefälle zu Europa ist. Und der sieht auch, dass Veränderungen Zeit brauchen. Die Bereitschaft großer Bevölkerungsteile, auf Veränderungen zu warten, gibt es nicht mehr, denn selbst Ansätze einer notwendigen Entwicklung sind teilweise nicht zu erkennen.

Die politischen Führungen versagen. Manchmal sind sie noch nicht einmal willens, die Zustände in ihrer Tragweite anzuerkennen. An fehlenden Maßstäben kann es nicht liegen, denn die Eliten studierten in der westlichen Welt, ihre Kinder studieren dort, sie lassen sich medizinisch dort behandeln und kaufen die Produkte für ihr eignes Umfeld. Bei den Konferenzen müssen die Flugzeuge bis zum roten Teppich fahren. Hier muss sich der Kodex ändern und deutliche und kritische Worte möglich werden. Die Idee, in diesem Zusammenhang dauerhafte Partnerschaften mit Ländern einzugehen, die das wollen, darf die Politik nicht länger abweisen, sondern muss ernsthaft geprüft werden. Der Aufbau Ost-



Johannes Selle, Jahrgang 1956, ist Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis 191, Kyffhäuserkreis-Landkreis Sömmerda-Weimarer Land I. Der studierte Diplom-Mathematiker arbeitete in der EDV bevor er von 1994 bis 1998 erstmals in den Bundestag gewählt wurde. Danach war er Leiter Vertragsmanagement bei der Mitteldeutschen Medienförderung in Leipzig. Neben seinen vielfältigen politischen Verpflichtungen in Berlin und seinem Wahlkreis ist der dreifache Familienvater kirchlich stark engagiert, beispielsweise in der evangelischen Allianz Deutschlands, als stellvertretender Gemeindegemeinderatsvorsitzender und Vorsitzender im Kirchförderverein St. Bonifatius in Großfurra.

deutschlands wäre nicht möglich gewesen ohne eine intensive Betreuung auf Landkreis-, Landes- und Bundesebene. Die Republik Togo hat diesen Wunsch durch ihren Außenminister im Bundestagsausschuss vorgetragen.

Die Menschen strömen nach Europa, weil hier der Mensch als Individuum in den Mittelpunkt der Politik gestellt wird. Seine Würde ist unantastbar, Solidarität ist eine anerkannte Verpflichtung, die Förderung seiner Fähigkeiten kann erwartet werden, die Auswüchse im Wettbewerb werden geregelt, Teilhabe, Mitbestimmung und Minderheitenrechte müssen beachtet werden. Die Aufzählung ist nicht vollständig und nicht alles ist ohne Makel. Wir können uns aber gar nicht vorstellen, ohne diese Ideale zu leben. Europa wirbt auf der ganzen Welt für diese Ziele, fördert sie und ist überall auf der Welt bereit, denen entgegen zu treten, die sie mutwillig verletzen. Nun bekommen wir es mit dem Phänomen einer Völkerwanderung zu tun. Die Ströme sind über die Jahre gewachsen und sie werden nicht einfach versiegen. Nur zur Erinnerung sei erwähnt, dass 2006 schon Bootsflüchtlinge vor den Kanarischen Inseln kenterten und ertranken. Unter den vorwiegend aus Senegal stammenden Flüchtlingen kursierte der Slogan "Europa oder Tod". So ist es geblieben. Von den Kriegsgebieten ganz zu schweigen, die gerade Millionen zur Flucht zwingen. Werden wir jetzt unseren eigenen Ansprüchen gerecht? Wenn wir versagen, dann ist die Welt um ein leidlich funktionierendes Ideal ärmer. Für mich ist dabei uneingeschränkt klar, dass Menschen in Seenot die Hilfe nicht verweigert werden kann und darf. Wir könnten mit einer Ignoranz oder militäri-

schen Abweisung nicht weiterleben. Nicht nur unser christliches Bild des Nächsten wäre zerstört, unsere Gesellschaften würden unter dem Zwiespalt zusammenbrechen. Dabei ist auch klar, dass wir zusammenbrechen, wenn wir so tun, als könnten alle Probleme der Menschheit in Europa gelöst werden. Dafür ist die Welt zu groß und Europa zu klein. Abgesehen davon, haben wir als Politiker Verantwortung für die Menschen unseres Landes, die erwarten dürfen, dass nach gründlicher Analyse wirksam und mit unserer Ethik im Einklang gehandelt wird. Deshalb ist die Zeit für Initiativen gekommen, die die damit zusammenhängenden Fragen in ihrer ganzen Breite zu betrachten und Ideen zu sammeln. Alle Fraktionen des deutschen Bundestages lässt das nicht ruhen. In der CDU-Fraktion hat es Frank Heinrich übernommen, dies zu koordinieren und eine Fülle von Vorschlägen sind bereits eingegangen.



Ich selbst habe vorgeschlagen, eine Offensive zu starten, die es ermöglicht, den Menschen die fliehen müssen und nicht wollen, heimatnah die Möglichkeit des Aufenthaltes zu verschaffen. Beim Aufbau von modernen, ökologischen Städten könnten diese Menschen Arbeit finden und eine lange Zeit überdauern. Die regionale Bevölkerung könnte ebenfalls davon profitieren. Der Sudan, durch den sich die Menschen aus Eritrea und Somalia nach Libyen quälen, hat mir das vorgeschlagen und einem unbefristeten Aufenthalt zugestimmt. In Afrika

könnte ich mir fünf solche Schwerpunkte vorstellen, z. B. auch in Mali.



Man darf nicht vergessen, dass die organisierte Kriminalität sehr viel Geld mit Versprechungen verdient, geschätzte 10 Mrd. EUR. Diese Versprechungen werden besonders glaubwürdig durch unsere eigene, international geführte Diskussion über Demographie und Fachkräftemangel. So habe ich es selbst auf der Insel Malta erfahren. Die jungen Menschen wollen eigentlich arbeiten und Geld nach Hause schicken zu den Familien, die für ihre Flucht oft viel geopfert haben.

So sieht es auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das am 7.5.2015 seine Schätzung der Erstantragsteller in Deutschland 2015 auf 400 000 und die Folgeantragsteller auf 50 000 erhöht hat, dass das ebenso einen gewichtigen Anreiz für Migration darstellt wie die vergleichsweise hohen Sozialleistungen während der überdurchschnittlich langen Dauer der Asylverfahren.

Alle Hintergründe dieser Dramen können nicht knapp zusammengefasst werden. Jetzt ist die Lebensrettung notwendig. Sollte die Leserschaft zu Kommentierungen und Vorschlägen angeregt worden sein, bin ich gern bereit diese in die politische Arbeit einzubringen.

Gedenken an den Völkermord in Armenien

Versöhnung und Vergebung - meine Botschaft in Jerewan

von Albert H. Weiler, Mitglied des Deutschen Bundestags

Der erste Genozid des 20. Jahrhunderts hat sich in diesem Jahr zum hundertsten Mal gejährt. Der 24. April ist der Tag des offiziellen Gedenkens an die Opfer des Genozids an den christlichen Armeniern im Osmanischen Reich. Es ist der Tag, an dem die türkische Regierung in Istanbul 1915 hunderte armenische Politiker und Intellektuelle verhafteten und umbringen ließ. Den brutalen Massakern und Todesmärschen fielen damals insgesamt mehr als 1,5 Millionen Menschen zum Opfer.



Armenier während der Vertreibung

Es hat mich stark berührt, wie viele Armenier, internationale Politiker, Wissenschaftler, große und kleine Delegationen aus aller Welt an diesem Tag nach Armenien kamen, um an der großen offiziellen Gedenkfeier teilzunehmen und den zahlreichen Opfern dieses schrecklichen Unrechts zu gedenken. Dabei hatte ich als Bundestagsabgeordneter eine besondere Verantwortung: als offizieller und einziger Vertreter des Deutschen Bundestages durfte

ich im Rahmen des Gedenkforums „Against the Crime of Genocide“ eine Rede halten, auf die viele Teilnehmer gespannt waren. Die Position unseres Parlaments zum Thema Genozid an den Armeniern, war zuvor in der Diskussion und hat einen positiven Fortschritt erreicht.

Ich habe mich in Armeniens Hauptstadt Jerewan klar positioniert und die türkischen Gräueltaten gegenüber den Armeniern als Genozid bezeichnet. Es war für mich zugleich besonders erfreulich, dass die meisten von meinen Bundestagskollegen sowie auch der Bundestagspräsident Herr Prof. Dr. Norbert Lammert in einer Debatte im Bundestag am 24. April 2015 von einem Völkermord geredet haben.

Vor dem Hintergrund unserer deutschen Erfahrungen mit der Aufarbeitung des Holocaust, habe ich die Türkei ermutigt, durch Anerkennung und kritische Aufarbeitung eigener Geschichte das erfahren zu können, was uns Deutschen zu Teil wurde: Vergebung und Versöhnung. Denn nur wer sich bekennt, dem kann vergeben werden.

Auch bei meinen zahlreichen Gesprächen mit den Forumsteilnehmern, mit Politikern und anderen Menschen habe ich darauf hinge-

wiesen, dass nur ein Bekenntnis zur eigenen Vergangenheit und eine ehrliche Aufarbeitung der beste Weg in eine gemeinsame Zukunft sind.

Was uns traurig macht – und manche auch zornig – ist, dass bis heute dazu ein eindeutiges und unmissverständliches Bekenntnis der türkischen Regierung fehlt. Es fehlt der offene Umgang der Türkei mit der eigenen Geschichte. Es fehlt ein mutiges Bekenntnis zur eigenen Vergangenheit. Es fehlt eine ehrliche und schonungslose Aufarbeitung des Unrechts, das damals geschehen ist. Jenes schrecklichen Unrechts, das den Armeniern widerfahren ist. Das ist für einen wahren Demokraten ein inakzeptabler Zustand.

Wir Europäer leben heute auf einem Kontinent, der in weiten Teilen geprägt ist von Frieden und Freiheit, Demokratie und Menschenrechten. Dafür stehen der Europarat und die OSZE. Dafür steht auch und gerade die Europäische Union, denn sie ist in höchstem Maße eine Wertegemeinschaft. Und eines ist völlig klar: Wer ein Teil dieser Wertegemeinschaft werden möchte, der muss sich zu all dem bekennen, ohne Ausnahme. Ohne Ausnahme, das bedeutet auch: Er muss sich zu seiner Ver-



Albert H. Weiler, Jahrgang 1965, ist Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis 194, Gera, Jena, Saale-Holzland-Kreis. Er erwarb jeweils einen Gesellenbrief als Elektroanlagenmonteur und Energieanlagen-elektroniker. Nach dem Abitur studierte er und schloss mit Abschlüssen als Diplom-Verwaltungswirt (FH), Betriebswirt und Master in Politikwissenschaft erfolgreich ab. Seine beruflichen Stationen sind vielfältig. Er arbeitete als Lokomotivführer bei der Deutschen Bahn, leitete das Sachgebiet Organisation beim Deutschen Patentamt in Jena, war Leiter der Verwaltungsgemeinschaft „Bergbahnregion/Schwarzatal“ in Oberweißbach, Geschäftsführer einer EDV-Firma Lösungen mbH in Erfurt und tätig am Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien. Seit 2013 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 2015 Präsident des Deutsch-Armenischen Forums, das von ihm gegründet wurde. Albert Weiler ist ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Milda und Mitglied im Kreistag des Saale-Holzland-Kreises. Er ist römisch katholisch, verheiratet und hat ein Kind.

gangenheit bekennen, auch zu deren dunklen Seiten. Und er muss sie aufarbeiten. Wer diesen Grundwerten widerspricht, kann kein Teil unserer Gemeinschaft sein.

Zugleich sehe ich mit Freude, dass immer mehr kritische türkische Journalisten und Autoren die Armenien-Frage offen ansprechen und ihre regierungskritischen Ansätze in der Zivilgesellschaft zur Diskussion stellen. Ich habe in meiner Rede in Jerewan die Frauen und Männer in der Türkei bestärkt, die bereits mutige Schritte unternehmen, von ihrem Kurs nicht abzuweichen.

Deutsch-Armenisches Forum – eine neue Plattform der Zusammenarbeit

Seit 20 Jahren gibt es bereits Bestrebungen, ein parteipolitisch unabhängiges Deutsch-Armenisches Forum auf parlamentarischer Ebene zu gründen. Ich freue mich sehr darüber, dieses Projekt nun erfolgreich vorangebracht zu haben.

Am 20. Mai 2015 fand eine von mir organisierte Gründungsveranstaltung für das Deutsch-Armenische Forum im Deutschen Bundestag statt. Über 30 Privatpersonen und Parlamentarier sowie Unterneh-

men, Wissenschafts- und Kultureinrichtungen traten bereits diesem Forum bei. Wir verabschiedeten die Satzung und wählten ein Präsidium. Ich wurde einstimmig zum Präsidenten des Deutsch-Armenischen Forums gewählt und freue mich über diese verantwortliche Aufgabe. Es macht mich auch stolz, dass die Gründung des Forums gerade im Jahr zum 100. Gedenktage des Völkermordes der Jungtürken an den Armeniern gelungen ist.



Beratungen des neu gegründeten Deutsch-Armenischen Forums im Bundestag

Das Forum soll Armenien in seinen demokratischen Entwicklungen unterstützen, wirtschaftliche Beziehungen stärken, kulturellen und wissenschaftlichen Austausch fördern und neue Brücken zwischen den Gesellschaften bauen. Mir ist es ein Herzensanliegen, eine gemeinsame Plattform der Zusammenarbeit, ein Forum für den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dialog zu schaffen.

Armeniens schwierige geographische Lage und seine geschlossenen Staatsgrenzen erschweren den wirtschaftlichen Kontakt zu Europa. Des Weiteren steht das Land zwischen der Ost-West-Entscheidung - zwischen Russland und Europa. Europas Türen stehen immer offen für Armenien. Allerdings darf es für das Land nie um eine Entweder-Oder-Entscheidung gehen.

Mit diesem Forum wollen wir auch „das vorhandene Europa“ in Armenien stärken, da es offensichtlich ist, dass ein gewisser Anteil der armenischen Bevölkerung, ein sehr aktiver Anteil der Zivilgesellschaft eine engere Anbindung an Europa befürwortet. Wir wollen mit unserem Forum diesen Anteil stärken und ermutigen.

Trotz aller Hindernisse und Schwierigkeiten hat das Land einen demokratischen Weg eingeschlagen und wir wollen es auf seinem Weg unterstützen.

Wir werden unser Bestes tun, damit das Deutsch-Armenische Forum sich zu einer wichtigen Plattform für die deutsch-armenische Zusammenarbeit entwickelt.

Impressum und Kontakt

Evangelischer Arbeitskreis (EAK) der CDU Thüringen

Landesgeschäftsstelle
Friedrich-Ebert-Straße 63
99096 Erfurt

www.eak-thueringen.de

Mail: eak-thueringen1@online.de

Verantwortliche dieser Ausgabe

Prof. Dr. Jens Goebel

Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen
(Redaktion)

Dr. Detlef Baer

Mitglied im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen
(Satz + Layout)

Autoren dieser Ausgabe

Gudrun Holbe

Mitglied im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen und Religionspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion

Christine Lieberknecht

Ministerpräsidentin a.D., Stellvertretende Bundesvorsitzende des EAK der CDU/CSU

Johannes Selle

Mitglied des Deutschen Bundestags

Albert H. Weiler

Mitglied des Deutschen Bundestags

Prof. Dr. Jens Goebel

Dr. Detlef Baer